

Jahresabschluss 2011

**Gemeinnützige
Regionalgesellschaft Usedom-
Peene mbH**

F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem als Anlagen I bis III beigefügten Jahresabschluss der Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH, Mölschow, zum 31. Dezember 2011 und dem als Anlage IV beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 unter dem Datum vom 3. April 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der von uns an dieser Stelle wiedergegeben wird:

"Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen."

Nachstehend geben wir unseren nach § 322 Abs. 7 Satz 1 HGB datierten und an anderer Stelle unterzeichneten Vermerk über unsere Abschlussprüfung wieder.

Vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

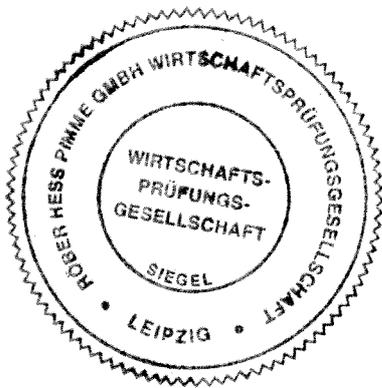
Die Verwendung des vorstehend wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts setzt unsere vorherige Zustimmung voraus.

Röber Hess Pimme GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder Lageberichtes in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) erfordert unsere erneute Stellungnahme, soweit dabei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird. Wir weisen diesbezüglich auf § 328 HGB hin.

Leipzig, den 3. April 2012



RÖBER HESS PIMME GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dirk Röber
Wirtschaftsprüfer

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH

Mölschow

Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31. Dezember 2011 EUR	31. Dezember 2010 EUR	31. Dezember 2011 EUR	31. Dezember 2010 EUR
AKTIVA				
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Konzessionen gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.543,00	5.657,00		
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	918.119,88	942.992,88		
2. technische Anlagen und Maschinen	135.243,00	149.645,00		
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	127.959,00	142.978,00		
	<u>1.181.321,88</u>	<u>1.235.615,88</u>		
	1.184.864,88	1.241.272,88		
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Vorräte				
- Waren	2.011,99	1.848,36		
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	8.798,56	6.622,12	6.861,61	18.420,04
2. sonstige Vermögensgegenstände	60.669,12	68.751,02	6.453,82	7.898,63
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	69.467,68	75.373,14	152.562,10	247.189,96
	<u>375.510,03</u>	<u>426.932,90</u>	165.877,53	273.508,63
	446.989,70	504.154,40	177.915,64	130.941,15
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	<u>1.640.250,55</u>	<u>1.758.098,18</u>	<u>1.640.250,55</u>	<u>1.758.098,18</u>
PASSIVA				
A. EIGENKAPITAL				
I. Gezeichnetes Kapital			64.000,00	64.000,00
II. Gewinnrücklagen			636.983,03	634.736,90
III. Bilanzgewinn	803,80	2.315,71		
	<u>701.786,83</u>	<u>701.052,61</u>		
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN				
	549.100,55	592.095,79		
C. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen			600,00	600,00
2. sonstige Rückstellungen			44.970,00	59.900,00
			<u>45.570,00</u>	<u>60.500,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			6.861,61	18.420,04
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			6.453,82	7.898,63
3. sonstige Verbindlichkeiten			152.562,10	247.189,96
			<u>165.877,53</u>	<u>273.508,63</u>
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
			<u>177.915,64</u>	<u>130.941,15</u>
	<u>1.640.250,55</u>	<u>1.758.098,18</u>		

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbM

Mölschow

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	EUR	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
1. Umsatzerlöse		372.424,50	441.533,73
2. Erträge aus Zuwendungen		1.608.924,97	2.149.888,77
3. sonstige betriebliche Erträge		117.142,63	115.593,71
		<u>2.098.492,10</u>	<u>2.707.016,21</u>
4. Materialaufwand			
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		38.916,50	53.738,80
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.096.987,97		1.302.974,25
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 3.814,60)	<u>234.482,83</u>		<u>277.528,75</u>
		1.331.470,80	1.580.503,00
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		96.673,25	109.209,69
7. sonstige betriebliche Aufwendungen		614.054,16	981.678,60
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		839,85	1.148,29
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>11.808,76</u>	<u>7.911,11</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>6.408,48</u>	<u>-24.876,70</u>
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00		1.602,60
12. sonstige Steuern	<u>5.674,26</u>	5.674,26	<u>6.987,91</u>
			8.590,51
13. Jahresüberschuss (i.Vj. -fehlbetrag)		<u>734,22</u>	<u>-33.467,21</u>
14. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		2.315,71	947,37
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen aus anderen Gewinnrücklagen		156.216,85	170.896,18
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen		158.462,98	136.060,63
17. Bilanzgewinn		<u>803,80</u>	<u>2.315,71</u>

**Gemeinnützige Regionalgesellschaft
Usedom-Peene mbH
Mölschow**

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

**I. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM JAHRESABSCHLUSS, ZU BILANZIERUNGS- UND
BEWERTUNGSMETHODEN**

Die Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH, Mölschow, ist eine kleine Kapitalgesellschaft i.S.v. § 267 HGB. Sie unterliegt der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenvertriebsordnung M-V – EigVO) vom 25. Februar 2008 und stellt gemäß § 20 Abs. 1 EigVO einen aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang bestehenden Jahresabschluss sowie einen Lagebericht nach den Ansatzvorschriften für den Jahresabschluss großer Kapitalgesellschaften auf.

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Gliederungs- und Bewertungsgrundsätzen nach den geltende Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde in Ausübung des Wahlrechtes in § 275 Abs. 1 HGB das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Bei der Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung werden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Entgeltlich von Dritten erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** werden zu Anschaffungskosten aktiviert und über den Zeitraum der Nutzung pro rata temporis abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, solche mit zeitlich begrenzter Nutzungsdauer vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer ermittelt. Die Anlagegüter werden nach Maßgabe der jeweils kürzesten steuerlich für zulässig gehaltenen Nutzungsdauer i.d.R. linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung oder Herstellung erfolgt die Abschreibung zeitanteilig für den vollen Monat der Anschaffung oder Herstellung. In den Jahren 2008 und 2009 wurden Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von EUR 150,00 netto bis EUR 1.000,00 einem Sammelposten zugeführt. Der Sammelposten wird über 5 Jahre mit je 20 % aufgelöst.

Ab 2010 werden Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten von nicht mehr als EUR 410,00 netto im Zugangsjahr voll abgeschrieben, solche mit Anschaffungskosten bis netto EUR 60,00 werden mit der Anschaffung als Aufwand gebucht.

Handelswaren werden zu Anschaffungskosten bzw. den jeweils niedrigeren beizulegenden Werten bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem am Bilanzstichtag beizulegenden niedrigeren Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet sind, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen, uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Forderungen aus Zuschüssen für Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen an die Sozialagentur Vorpommern, die Bundesagentur für Arbeit und das Land Mecklenburg-Vorpommern werden auf der Grundlage von Zuwendungsbescheiden und einer Kostenstellenrechnung maßnahmebezogen ermittelt und mit dem zum Bilanzstichtag so ermittelten Wert angesetzt.

Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag sind, werden unter dem **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** aktiviert und planmäßig aufgelöst.

Gewinnrücklagen werden zweckgebunden und als frei verfügbare Mittel für die Verwirklichung der satzungsmäßigen Zwecke im Sinne von § 58 Nr. 6 AO und § 58 Nr. 7 a AO gebildet.

Erhaltene Investitionszuschüsse auf Sachanlagen werden unter dem **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen** ausgewiesen. Sie werden gleichmäßig über die Nutzungsdauer des betreffenden Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst.

Sonstige Rückstellungen erfassen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten und sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag bilanziert.

Als **passiver Rechnungsabgrenzungsposten** werden Zuschüsse der Sozialagentur Ostvorpommern und der anderen Fördermittelgeber vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen. Die Ermittlung erfolgt maßnahmebezogen auf der Grundlage einer Kostenstellenrechnung.

II. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens haben wir gemäß § 268 Abs. 2 HGB in der Anlage zum Anhang dargestellt.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen haben eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Gegen Gesellschafter bestehen im Zusammenhang mit der Durchführung Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante und Beschäftigung nach Kommunal-Kombi Forderungen in Höhe von TEUR 1 (TEUR 2).

3. Eigenkapital

Das Stammkapital mit TEUR 64 ist in voller Höhe eingezahlt.

4. Rückstellungen

Die Zusammensetzung und Entwicklung der sonstigen Rückstellungen (§ 25 Abs. 3 EigVO) stellen sich wie folgt dar:

	Stand 1.1.2011	Inan- spruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2011
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Rückforderungen Zu- schüsse	5.000,00	0,00	5.000,00	3.700,00	3.700,00
b) ausstehender Urlaub	9.000,00	9.000,00	0,00	7.600,00	7.600,00
c) Berufsgenossenschaft	22.000,00	21.274,90	725,10	18.500,00	18.500,00
d) Prüfungs- und Jahresab- schlusskosten	9.400,00	8.653,20	746,80	9.400,00	9.400,00
e) Abfindung	14.500,00	14.500,00	0,00	5.770,00	5.770,00
	<u>59.900,00</u>	<u>53.428,10</u>	<u>6.471,90</u>	<u>44.970,00</u>	<u>44.970,00</u>

5. Verbindlichkeiten

Die Fälligkeiten der Verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

	gesamt lt. Bilanz	mit einer Restlaufzeit von		
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (im Vorjahr)	6.861,61 (18.420,04)	6.861,61 (11.558,43)	0,00 (6.861,61)	0,00 (0,00)
Verbindlichkeiten aus Lie- ferungen und Leistungen (im Vorjahr)	6.453,82 (7.898,63)	6.453,82 (7.898,63)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
sonstige Verbindlichkeiten (im Vorjahr)	152.562,10 (247.189,96)	152.562,10 (247.189,96)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
Summe (im Vorjahr)	165.877,53 (273.508,63)	165.877,53 (266.647,02)	0,00 (6.861,61)	0,00 (0,00)

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von TEUR 13 (TEUR 21) enthalten.

6. Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

7. sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Bilanzstichtag in folgender Höhe:

	<u>insgesamt</u> TEUR	<u>2012</u> TEUR	<u>2013</u> TEUR	<u>2014 und später</u> TEUR
Miete	14	14	0	0
Dienstleistungen	22	22	0	0
Leasing	<u>23</u>	<u>15</u>	<u>8</u>	<u>0</u>
	<u><u>59</u></u>	<u><u>51</u></u>	<u><u>8</u></u>	<u><u>0</u></u>

III. ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Umsatzerlöse

Unter den Umsatzerlösen werden alle Erträge aus der Betreuung der kulturellen Einrichtungen und Ausstellungen im teilweisen Zusammenhang mit der Durchführung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ohne die privaten und öffentlichen Zuschüsse ausgewiesen. Es handelt sich um die Zweckbetriebe der Gesellschaft nach § 65 AO. Des Weiteren werden hierunter die Erträge aus der Betreuung von Versorgungseinrichtungen und der Vermietung erfasst, die im inneren Zusammenhang mit diesen oben genannten Tätigkeiten stehen und im Ergebnis der Betriebsprüfung durch das Finanzamt Wolgast ebenfalls dem Zweckbetrieb der Gesellschaft zuzurechnen sind. Darüber hinaus wurden hierunter auch Erträge aus gezielten Projekten erfasst, die jedoch eine wirtschaftliche Tätigkeit nach § 64 AO darstellen.

2. Zuschüsse

In den Zuschüssen sind alle öffentlichen Mittel für die Durchführung von arbeitsmarkt-politischen Maßnahmen sowie für die Betreuung des Projektes „Usedom aktiv“ von TEUR 1.609 (TEUR 2.150) enthalten.

Die durch die Zuwendungen finanzierten Projekte stellen den Hauptzweck der Gesellschaft dar, hiermit wird die gewöhnliche Geschäftstätigkeit finanziert.

3. Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind in Höhe von TEUR 76 (TEUR 93) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens enthalten.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in Höhe von TEUR 33 (TEUR 81) Einstellungen in den Sonderposten enthalten.

5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag resultieren aus den Ergebnissen der steuerpflichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten.

IV. SONSTIGE ANGABEN

1. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ohne Geschäftsführerin betrug im Geschäftsjahr 73 (Vorjahr: 79). Davon wurden im Rahmen von Maßnahmen gemäß AGH - Entgeltvariante/Kommunal-Kombi/§ 16a und Bürgerarbeit 46 sowie des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogrammes 4 Arbeitnehmer gefördert. 23 Arbeitnehmer wurden aus sonstigen Einnahmen und über die Fallpauschale für Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung finanziert.

Darüber hinaus waren 424 Teilnehmer (Vorjahr: 677) im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten nach SGB III im Durchschnitt des Jahres 2011 in der Gesellschaft tätig.

2. Geschäftsführung

Im Geschäftsjahr war Frau Dr. Beate-Carola Johannsen, Dipl.-Philosophin, Koserow, alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführerin. Die Geschäftsführerin ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Auf die Angabe der Bezüge wird gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

3. Beirat

Der Beirat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Manfred Hoppach, Wolgast
Vorsitzender des Beirates

Frau Gudrun Hohberger, Greifswald
für die Kreishandwerkerschaft Ostvorpommern

Frau Angelika Seidel, Greifswald
für die IHK Neubrandenburg

Frau Jutta Scheiwe, Anklam
für den Landkreis Vorpommern-Greifswald

Herr Reinhardt Plückhahn, Wolgast
für die Stadt Wolgast

Herr Michael Galander, Anklam
für die Hansestadt Anklam

Herr Halmar Quast, Spantekow
für das Amt Anklam Land

Die Mitglieder des Beirates haben keine Bezüge für ihre Tätigkeit erhalten.

4. Prüfungshonorar

Das für das Geschäftsjahr 2011 vereinbarte Prüfungshonorar beträgt EUR 7.390,00.

V. ERGEBNISVERWENDUNGSVORSCHLAG

Der Jahresüberschuss wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Mölschow, 2. April 2012

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH



Dr. Beate-Carola Johannsen

Geschäftsführerin

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH
Mölschow

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2011

	Entwicklung der historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten		Entwicklung der kumulierten Abschreibungen				Restbuchwert 31. Dezember 2010 EUR			
	Anschaffungs- u. Herstellungs- kosten 1. Januar 2011 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Anschaffungs- u. Herstellungs- kosten 31. Dezember 2011 EUR	Stand 1. Januar 2011 EUR	Zugänge EUR		Abgänge EUR	Stand 31. Dezember 2011 EUR	Restbuchwert 31. Dezember 2011 EUR
	79.713,05	1.829,27	0,00	81.542,32	74.056,05	3.943,27	0,00	77.999,32	3.543,00	5.557,00
	1.262.975,11	0,00	0,00	1.262.975,11	319.982,23	24.873,00	0,00	344.855,23	918.119,88	942.992,88
	348.103,00	0,00	0,00	348.103,00	198.458,00	14.402,00	0,00	212.860,00	135.243,00	149.645,00
	522.077,82	38.625,98	46.544,81	514.158,99	379.099,82	53.454,98	46.354,81	386.199,99	127.959,00	142.978,00
	2.133.155,93	38.625,98	46.544,81	2.125.237,10	897.540,05	92.729,98	46.354,81	943.915,22	1.181.321,88	1.235.615,88
	2.212.868,98	40.455,25	46.544,81	2.206.779,42	971.596,10	96.673,25	46.354,81	1.021.914,54	1.184.864,88	1.241.272,88

ANLAGEVERMÖGEN

- I. Immaterielle Vermögensgegenstände
 1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten
- II. Sachanlagen
 1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken
 2. technische Anlagen und Maschinen
 3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

**Gemeinnützige Regionalgesellschaft
Usedom-Peene mbH
Mölschow**

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

A. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1. Entwicklung der Branche und der Gesamtwirtschaft

Im Geschäftsjahr 2011 wurde weiterhin gemäß der Regelungen des SGB II und III in Zusammenarbeit mit der Sozialagentur Ostvorpommern die Geschäftspolitik fortgeführt. Die wirtschaftliche Situation der im Landkreis ansässigen Wirtschaftsunternehmen zeigte wie überall weiterhin die Tendenz der Entspannung, wurde aber auch durch die Auswirkungen des demografischen Wandels geprägt. Es ist festzustellen, dass die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitslosenzahlen dahingehend spürbar waren, dass die Zahl der tatsächlich schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen in den verschiedenen Bereichen der Sozialagenturen eine unterschiedliche Entwicklung genommen hat. Gerade auf der Insel Usedom, die zum Agenturbereich Koserow gehört, hat sich diese Entwicklung besonders gezeigt. Dort zu betreuende Langzeitarbeitslose sind besonders geprägt in der Ferne zum Arbeitsmarkt durch die mangelnde Mobilität und Flexibilität, das geringe Qualifikationsniveau bzw. eine am Markt nicht nachgefragte Qualifikation. Die saisontypische Belegung des Arbeitsmarktes prägte auch 2011 die Entwicklung der Beschäftigungssituation im Landkreis Vorpommern-Greifswald (bis 04.09.2011 Landkreis Ostvorpommern). Die Tourismuswirtschaft blieb als entscheidender Wirtschaftsfaktor stabil und trug so zu dieser Entwicklung maßgeblich bei. Jedoch sind die Auswirkungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels deutlich spürbar. Der zunehmende Mangel an qualifizierten Bewerbern für zu besetzende Stellen betrifft alle Branchen. Allerdings spürt es die Tourismuswirtschaft als entscheidendem Arbeitgeber besonders und so entscheiden sich Arbeitgeber in dieser Branche mitunter dazu, Abstriche bei neu einzustellenden Arbeitskräften zu machen und stehen damit jedoch vor einer besonderen Herausforderung hinsichtlich Einarbeitung und ständiger fachlich geforderten Fähigkeiten. Nahezu alle Branchen in der Region sind direkt und indirekt mit der Tourismuswirtschaft verbunden und prägen insofern auch die wirtschaftliche Entwicklung. Diese Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt stellt besondere Anforderungen sowohl an die Qualifizierung von langzeitarbeitslosen Leistungsempfängern und die Verbesserung deren Leistungsfähigkeit entsprechend der Anforderungen des Arbeitsmarktes als auch hinsichtlich der angebotenen Qualifizierungsangebote vor einer Arbeitsaufnahme. So stehen

Bildungs- und Beschäftigungsträger vor der Aufgabe, sich diesen Bedingungen nicht nur anzupassen, sondern auch mit den entsprechenden Angeboten ihren Beitrag zur Verbesserung der Marktfähigkeit der erwerbsfähigen Hilfeempfänger zu leisten.

Die Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH war auch 2011 ein wichtiger Partner der Sozialagentur und realisierte, wie im Jahr 2010, ca. 36 % aller Stellen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Im Jahresdurchschnitt wurden ca. 424 Empfänger von ALG II in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen integriert und somit ein wichtiger arbeitstherapeutischer Beitrag mit dem Blick auf die Integrationsmöglichkeiten und -fähigkeiten in reguläre Arbeitsverhältnisse geleistet. 61 Teilnehmer aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung wechselten in ein Arbeitsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt, in eine Weiterbildung oder in eine Berufsausbildung, 9 weitere Teilnehmer wechselten in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis im Rahmen einer Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante bzw. mit einer Förderung aus dem Bundesprogramm „Bürgerarbeit“. Insgesamt wurden 2011 9 Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante eingerichtet, eine Stelle gemäß § 16e sowie 31 Stellen im Rahmen des Bundesprogramms „Kommunal-Kombi“ fortgeführt. Da die Förderperiode für das Bundesprogramm „Kommunal-Kombi“ ausläuft, bestanden im Dezember 2011 noch 12 Arbeitsverhältnisse, die alle im Verlaufe des Jahres 2012 enden werden.

Seit Juni 2011 konnten monatlich durchschnittlich 6 Stellen gemäß des Bundesprogramms Bürgerarbeit eingerichtet werden. Bis einschließlich Dezember wurden 47 Stellen bewilligt. Insgesamt wurde bis Dezember mit 33 langzeitarbeitslosen Hilfebedürftigen unter Anwendung dieses Bundesprogramms ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis eingegangen. Die Besetzung der offenen Stellen erfolgt mit Beginn des Jahres 2012. Die Verzögerungen sind darin begründet, dass die Bewilligungsbescheide zumeist erst einen Tag vor Beginn des jeweiligen Bürgerarbeitsprojektes eingingen und die Einstellungsgespräche erst nach Eingang der Bescheide erfolgen können.

Insgesamt waren in der Gesellschaft in allen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Jahr 2011 durchschnittlich 469 Personen tätig. Dies sind 34 % weniger Personen als 2010. Diese Entwicklung basiert auf bundespolitischen Sparmaßnahmen. Diese Auswertungszahlen ergeben sich aus einer monatlich aktualisierten internen Statistik.

Dennoch ist festzustellen, dass sich in den 7 Jahren des Bestehens der Sozialagentur der prozentuale Anteil der Stellen gemäß SGB II in den Jahren seit 2005 verringert hat. Darauf hatte sowohl die Entscheidung des Amtes Am Peenestrom zur Zusammenarbeit mit anderen Trägern 2008 Einfluss, aber auch die Stellenzuweisung für die einzelnen Träger durch die Sozialagentur im Verlaufe der Zeit.

Es wird entsprechend der tatsächlich realisierten Eintritte und der Planvorgaben seitens der Sozialagentur ein Soll-Ist-Abgleich und der Trend für das laufende und das kommende Geschäftsjahr ermittelt.

Durch die Sozialagentur war in der Vorplanung für das Jahr 2011 ursprünglich ein Kontingent von 500 Neueintritten in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung zuzüglich 20 Test-MAE geplant. Nachdem die Sozialagentur wiederholt zusätzliche Bedarfe angemeldet hat, wurde das Kontingent auf 751 aufgestockt.

Durch das Ausscheiden von Teilnehmern aus laufenden Arbeitsgelegenheiten, z. B. durch Wechsel auf den 1. Arbeitsmarkt, Abberufung auf Grund von Krankheit oder Aufhebung auf Grund von Fehlverhalten und das Nachbesetzen der frei gewordenen Arbeitsgelegenheiten, wurden 1.341 Personen in Arbeitsgelegenheiten betreut.

Auch 2011 wurde mit der Hansestadt Anklam, dem Amt Anklam-Land, dem Amt Usedom-Nord, dem Amt Usedom-Süd und der Gemeinde Ostseebad Heringsdorf (Heringsdorf, Bansin, Ahlbeck) und den darüber hinaus dort ansässigen Vereinen zusammengearbeitet.

2011 bestanden 173 Kooperationsvereinbarungen, die die Zusammenarbeit für den Einsatz von Teilnehmern in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung, mit Kommunal-Kombi-Lohn und anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten regeln.

Im Herbst 2011 traten die Regelungen der Kreisgebietsreform in Kraft und der Landkreis wurde durch den Zusammenschluss mit dem Landkreis Uecker-Randow, Teilen des Landkreises Demmin und der Hansestadt Greifswald territorial sehr stark erweitert zum Landkreis Vorpommern-Greifswald. Diese Entwicklung hatte bis zum Ende des Geschäftsjahres 2011 noch keinen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Regionalgesellschaft. Der neu formierte Landkreis steht im I. Quartal 2012 vor der Entscheidung, entweder die geteilte Aufgabenwahrnehmung oder die Form der Sozialagentur, alle Leistungen für die erwerbsfähigen Hilfeempfänger aus einer Hand, zu wählen.

2. Analyse des Geschäftsverlaufs und der für die Geschäftstätigkeit bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren

Durch die Sozialagentur Ostvorpommern wurden die Stellenkontingente für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung am Jahresende 2010 abgestimmt.

Eine Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit hat es im Jahr 2011 im Rahmen des SGB III nicht mehr gegeben.

Die inhaltliche Schwerpunktsetzung in den Tätigkeitsfeldern wurde entsprechend der Satzung der Gesellschaft mit der Sozialagentur beibehalten und mit den entsprechenden Verwaltungsbereichen des Landkreises Ostvorpommern und den Kammern abgestimmt.

Bereits im Oktober 2010 reagierte die Geschäftsführung auf die Information über die zu erwartende Entwicklung im Jahr 2011, die eine 50%ige Einkürzung des zu erwartenden Stellenkontingents ankündigte. Der Zeitpunkt der Information machte ein frühzeitiges Reagieren auf die zu erwartende Situation möglich und bildete die Basis für die notwendigen unternehmerischen Entscheidungen zur Umstrukturierung und dem damit verbundenen Personalabbau. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung im November 2010 wurden zeitnah umgesetzt und so wurde die entscheidende Grundlage für die stabile Fortführung der Geschäftstätigkeit 2011 geschaffen.

Im Mai 2011 setzte sich die Gesellschafterversammlung mit den Erfordernissen der neuen Kommunalverfassung an die Satzung der Gesellschaft auseinander. So wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, der der Vorsitzende des Beirats und 3 Vertreter der verschiedenen Gesellschafter, die Geschäftsführerin und die Qualitätsmanagementbeauftragte angehörten.

In mehreren Beratungen bis zum Oktober 2011 wurden die notwendigen Fragen diskutiert und entsprechende Gesellschafterbeschlüsse vorbereitet.

Im IV. Quartal 2011 revidierte die Gesellschafterversammlung ihre Entscheidung, den Zertifizierungsprozess nicht mehr durch Externe durchführen zu lassen. Damit reagierte sie auf die Empfehlung der Arbeitsgruppe der Gesellschafterversammlung zur Neuausrichtung der Gesellschaft und deren Stabilisierung unter den veränderten Bedingungen der Kommunalverfassung.

Im Dezember 2011 führte die Zertpunkt GmbH eine Überwachungsaudit zur Umsetzung der DIN EN ISO 9001:2008 sowie der Anerkennungs- und Zulassungsverordnung

„Weiterbildung“-AZWV durch. Im Rahmen dieser Begutachtung wurde durch die Gesellschaft der Nachweis der nachhaltigen Weiterentwicklung des Managementsystems und Erfüllung der AZWV-Anforderungen erbracht und sie hat damit erneut ihre Qualität auf den verschiedenen Geschäftsfeldern unter Beweis gestellt.

Mit Beginn des Jahres 2011 wurde die Zahl der Integrationsbetreuer entsprechend den zu betreuenden Teilnehmern reduziert. Das ging ebenso mit der Entscheidung einher, das Standortprinzip zu verändern und nur noch Standorte in Anklam-Stadt, Jamitzow und Mölschow aufrechtzuerhalten und von dort aus, alle Betreuungsaufgaben zu organisieren und durchzuführen. Durch das große Engagement der Mitarbeiter ist es gelungen, die gewohnte Qualität in der sozialpädagogischen und arbeitstherapeutischen Betreuung kontinuierlich zu gewährleisten. Im Jahresdurchschnitt konnte der Betreuungsschlüssel von 1 : 25 gehalten werden.

Auf der Basis der Erfahrungen aus dem mit der Sozialagentur entwickelten Sonderprojekt zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit und Gesundheitsförderung vereinbarten die Sozialagentur, das Projekt „Lernen vor Ort“ und die Regionalgesellschaft 2010 die Durchführung von elternorientierten Arbeitsgelegenheiten. Ausgangspunkt waren hier die Erfahrungen, dass Jugendliche aus Bedarfsgemeinschaften Schwierigkeiten bei der Berufsorientierung haben, da die Eltern selber schon längere Zeit nicht mehr in einem aktiven Arbeitsprozess stehen. Im Rahmen des Projektes wurde den Eltern das dafür notwendige Wissen vermittelt.

Im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „STÄRKEN vor Ort“ wurden 2 Mikroprojekte mit einer Laufzeit vom 01.04.2011 bis 31.12.2011 bewilligt.

Das Projekt „Lernen voneinander – Hilfe füreinander / Betreuungspatenschaften“ hatte die Bildung von Partnerschaften zwischen Jung und Alt im Ort Boldekow zum Ziel.

Im Projekt „Selbsterfahrung im Geben und Nehmen“ konnten junge Menschen ihre handwerklichen Fähigkeiten testen, mit dem Ziel, sie in der Berufsfindung und bei Aktivitäten zur Bewerbung auf einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz zu unterstützen. Durchführungsort war Jamitzow.

Ziel des auch im Jahr 2011 mit Mitteln des Landes M-V und des Europäischen Sozialfonds geförderten Projektes „PHARAO“ war die nachhaltige Verbesserung der sozialen, gesellschaftlichen und beruflichen Integration speziell von Personen, die über den Rechtskreis SGB III und SGB II keine oder nur geringe Berücksichtigung erfahren. Insgesamt konnten 2011 im Rahmen

dieses Projektes 96 Personen betreut werden. Obwohl die erforderlichen Ergebnisse erzielt wurden, wurde das Projekt für 2012 nicht verlängert, da die zur Verfügung stehenden Mittel für das Projekt nicht mehr in dem bisherigen Umfang für eine Verlängerung zur Verfügung standen.

Wie in den vergangenen Jahren wurden erneut ca. 50 % aller durch die Gesellschaft betreuten Teilnehmer und Arbeitnehmer durch die Mitarbeiter des Standorts Anklam-Stadt/Anklam-Land betreut. Um der veränderten Mittelsituation Rechnung zu tragen und die Effektivität und Qualität der Arbeit sicherzustellen, wurden insbesondere verwaltende Arbeiten am Standort Anklam-Stadt konzentriert. Die Integrationsbetreuer wirkten auch weiterhin mit einer klaren territorialen Zuordnung, so dass die Arbeit mit den Kooperationspartnern in gewohnter Art und Weise fortgesetzt wurde.

Das kooperative Zusammenwirken in den täglichen Prozessen aller am Umsetzungsprozess Beteiligten konnte so kontinuierlich fortgesetzt und schnell auf auftretende Probleme mit gezielter sozialpädagogischer Betreuung der Teilnehmer reagiert werden.

Mit dem firmeninternen Bereich „Usedom aktiv“ verfügt die Gesellschaft über sehr umfangreiche Möglichkeiten zur befristeten Integration von Langzeitarbeitslosen jeglichen Alters, aber auch für Menschen mit Mobilitätsbeschränkungen.

Im arbeitstherapeutischen Sinne wird hier, besonders hinsichtlich der Neuorganisation von Tagesabläufen und des Umgangs mit Leistungsanforderungen mit den Teilnehmern und Arbeitnehmern gearbeitet. Selbstorganisation, die Unterstützung bei der Bewältigung von individuellen Problemen und der Abbau von Ängsten und Blockaden stehen im Vordergrund der sozialpädagogischen Betreuung. Das Erproben von flexiblen Arbeitszeitmodellen beeinflusst die Integrationsmöglichkeiten in den regulären Arbeitsmarkt positiv.

Im Jahr 2011 konnten im Gesamtensemble „Usedom aktiv“	20.941
Besucher begrüßt werden. Davon im Bereich der alten Gutsanlage mit	
Grenzübergreifendem Jugendhandwerkerhof/Kulturhof/Remise/Scheune	14.590
und im Landwirtschaftlichen Erlebnisbereich	6.351

Die Besucherzahlen werden monatlich für die einzelnen Einrichtungen des Gesamtensembles erfasst und zeitnah ausgewertet. Am Ende der Saison werden diese Zahlen für das gesamte

Geschäftsjahr ausgewertet. Auf den Gesellschafterversammlungen und Beiratssitzungen werden diese Zahlen ebenfalls vorgestellt.

Im Jahr 2010 konnten 24.740 Gäste im Gesamtensemble begrüßt werden. Das Minus im Jahr 2011 resultiert aus einem Rückgang an Tagesbesuchern, da die Besucherzahlen bei den Veranstaltungen wie Ostermarkt, Familientag, Line-Dance-Wochenende und Herbstmarkt stabil geblieben sind. Zum Jahresbeginn musste auch im Bereich „Usedom aktiv“ Stammpersonal abgebaut werden. Dies hatte zur Folge, dass Öffnungszeiten im Bereich „Usedom aktiv“ eingekürzt werden mussten, was ein Grund für die rückläufigen Besucherzahlen ist.

Die Angebote des Bereichs „Usedom aktiv“ richten sich an Kinder und Jugendliche, die Interesse an einer kreativen, aktiven und sinnvollen Freizeitbeschäftigung haben. Ebenso werden in Kooperation mit Jugendeinrichtungen Angebote entwickelt, die sich an benachteiligte und aus sozial schwachen Verhältnissen stammende Kinder richten. Die Gesellschaft ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe.

Im Rahmen der grenzübergreifenden Zusammenarbeit konnten wir Gäste aus Polen, Frankreich, Schweiz und Spanien begrüßen, die auch die Möglichkeit der Beherbergung nutzten. Insgesamt wurden 2.592 Übernachtungen gebucht. Die überwiegende Anzahl der Herbergsgäste waren Kinder und Jugendliche, darunter z. B. wieder Berliner Schüler mit Migrationshintergrund, Jugendliche aus sozialtherapeutischen Wohngruppen und Kinder eines Kinderheimes. 2010 erfolgten 54 % der gebuchten Übernachtungen im Zusammenhang mit Gruppenfahrten von Schulklassen, Vereinen oder Musikensembles. Dieser Anteil konnte 2011 erneut gesteigert werden und liegt jetzt bei 70 %. Die Gesamtauslastung lag im Jahr 2011 bei 86 Tagen.

Die Betreuung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die in verschiedenen Tätigkeitsfeldern zum Einsatz kamen, war grundsätzlich in allen Bereichen der Gesellschaft besonders darauf gerichtet, deren Arbeitsfähigkeit, Arbeitsbereitschaft und Arbeitswilligkeit zu überprüfen und weiter zu entwickeln.

Durch integrierte Bildungsangebote, die sowohl durch die Gesellschaft selbst als auch durch Kooperationspartner angeboten wurden, wurden die Bemühungen zur Bewerbung um reguläre Arbeit unterstützt. Ebenso wurden Schulungen und Seminare zu Themen des Arbeitsschutzes und der Anwendung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes durchgeführt.

Den sich ständig erhöhenden Qualitätsanforderungen an Betreuung und Verwaltung wurde wei-

terhin Beachtung geschenkt. Auf Grund der nicht mehr im gewohnten Umfang zur Verfügung stehenden Mittel, wurden Qualifizierungsangebote genau geprüft und die Entscheidung getroffen, im Bereich Integration die Konzentration auf Supervision zu legen. Diese Weiterbildung wurde im Verlaufe des Jahres 2011 fortgesetzt und beendet.

Die Mitarbeiter des Teams Finanzen nahmen regelmäßig an Fachseminaren zu den in der täglichen Arbeit verwendeten Programmen und zu Neuregelungen bei Lohn- und Finanzbuchhaltung teil. Um im Bereich der Versorgung der Tages- und Übernachtungsgäste in der Gutsanlage die Qualität zu verbessern, nahmen die dort tätigen Mitarbeiter ebenfalls an fachspezifischen Weiterbildungen teil.

3. Vermögenslage

Die Vermögenslage kann als gut eingestuft werden. Dies zeigt sich vor allem an der unverändert hohen Eigenkapitalquote von 76,3 % (73,5 %).

4. Ertragslage

	2 0 1 1	2 0 1 0	Verän- derung
	TEUR	TEUR	TEUR
a) Umsätze	372	442	-70
b) Zuwendungen	1.609	2.150	-541
	<u>1.981</u>	<u>2.592</u>	<u>-611</u>

Die Umsätze resultieren im Wesentlichen aus den Aktivitäten des "Grenzübergreifenden Jugendhandwerkerhofes/Kulturhofes", des Landwirtschaftlichen Erlebnisbereiches und des angeschlossenen Gaststättenbetriebes. Das Nichtbetreiben der Bauernstube im Landwirtschaftlichen Erlebnisbereich führte zu einem Rückgang der Umsätze. Die deutlich geringen Teilnehmerzahlen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und die daraus resultierenden Mindereinnahmen an Verwaltungspauschale führte ebenfalls zum Rückgang der Umsätze und im Wesentlichen zum Rückgang der Zuwendungen. Nicht oder nur teilweise besetzte Stellen und Ausfälle durch Krankheit oder sonstigen Gründen im Bereich der Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung beeinflussten den Rückgang bei den Zuwendungen.

Hinsichtlich weiterer Ausführungen zu den Zuwendungen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Punkt 2.

Im Übrigen kann die Ertragslage der Gesellschaft durch Gegenüberstellung der folgenden drei Teilergebnisse vor Verwendung der Rücklagen verdeutlicht werden:

	2 0 1 1	2 0 1 0	Verände- rung
	TEUR	TEUR	TEUR
a) Ergebnis des ideellen Bereiches	-1	-37	36
b) Ergebnis der Vermögensverwaltung	1	1	0
c) Ergebnis des wirtschaftlichen Bereiches	1	2	-1
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	1	-34	35

Das Ergebnis der Vermögensverwaltung beinhaltet ausschließlich Zinseinnahmen. Die Zinsaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus Kontokorrentzinsen für die Zwischenfinanzierung der Maßnahmen und wurden daher im ideellen Bereich erfasst.

Das Ergebnis des wirtschaftlichen Bereiches resultiert im Wesentlichen aus der Einspeisevergütungen nach EEG für die Photovoltaikanlage des Jugendhandwerkerhofes sowie Ausleihgebühren.

5. Beschaffung

Die Planungen für die Sachkosten-Verwendungen erfolgten entsprechend der konkreten Zuwendungsbescheide. In Auswertung der einsatzbezogenen Bedarfsermittlung erfolgt der Abgleich mit der Gesamtplanung. Daraus werden die notwendigen Festlegungen für die Beschaffung von Ausstattungen, Materialien und Werkzeugen abgeleitet. Mit dem Einsatz eines festen Betrages für Sachkosten ist die Arbeitsfähigkeit in den verschiedenen Arbeitsgelegenheiten zu jeder Zeit gesichert.

6. Investitionen

2011 stellte die Anschaffung einer neuen, energieeffizienten und den sich aus dem Beherbergungsbetrieb ergebenden Anforderungen entsprechenden neuen Küchenausstattung eine wesentliche Investition dar. Dazu war es gelungen, Fördermittel für die Finanzierung der Investitionskosten einzuwerben und durch die Bereitstellung des notwendigen Eigenanteils, das Gesamtvorhaben noch vor der Saison 2011 umzusetzen.

7. Finanzierung

Den Hauptpfeiler der Personalkostenfinanzierung stellt die Trägervergütung für die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung dar, die pro Monat und Teilnehmer EUR 180 betrug. Über diese Finanzierungsschiene wurden wesentliche Personalkosten und Fixkosten der Gesellschaft abgesichert. Weitere Finanzierungsquellen waren das Landesprojekt „PHARAO“ sowie die genannten Mikroprojekte.

Die Bereitstellung des arbeitstherapeutischen Zuschusses, der durch die Kooperationspartner bereitgestellt wird, dient der Qualitätssicherung der Betreuung der Teilnehmer.

Fehlende Personalkosten für Mitarbeiter aus dem Bereich Kultur und Tourismus werden aus Einnahmen finanziert.

Durch die Gesamtfinanzierung konnten die variablen Kosten und die Fixkosten für die Betreuung und Verwaltung von Teilnehmern in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und anderen Maßnahmen sichergestellt werden.

Im Zusammenhang mit der Personalkostenfinanzierung wurden die geltenden Vergütungsregelungen weiter bearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde 2011 erneut ein Leistungsfonds für leistungsbezogene Einmalzahlungen gebildet. Der Leistungsfonds wird in Abhängigkeit der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft in jedem Geschäftsjahr neu festgelegt.

8. Wichtige Vorgänge im Geschäftsjahr

Die in 2011 wirksam gewordene Stellenreduzierung und der damit verbundene Rückgang der zur Verfügung stehenden Mittel verlangte zwingend die Fortsetzung einer auf Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit gerichteten Geschäftspolitik. Die Umstrukturierung der Standorte, deren Reduzierung und die damit einher gehenden personellen Umsetzungen haben ermöglicht, dass das Geschäftsjahr 2011 konstruktiv, geordnet und mit einer qualifizierten Arbeitsfähigkeit begonnen werden konnte.

Möglichkeiten, neue und so zusätzliche Projekte zu akquirieren, wurden mit der Beantragung der beiden Mikroprojekte genutzt und so wurden 2011 auch wieder Sonderprojekte durchgeführt, die im Bereich der Sach- und Personalkosten zur Absicherung der Geschäftsabläufe beitrugen.

Das neue Instrument aus dem SGB II - Bürgerarbeit - wird ebenfalls durch die Gesellschaft bearbeitet. Auch hier agieren wir gemeinsam mit Kooperationspartnern aber auch in Eigenregie bei der Durchführung.

Im Geschäftsjahr konnten erfolgreich 45 Anträge für 59 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse gemäß Bundesprogramm Bürgerarbeit bearbeitet werden. In Zusammenarbeit mit 32 Kooperationspartnern wurden diese vorbereitet. In allen Fällen handelt es sich nicht um Leiharbeitsverhältnisse, da die Personalhoheit und das Weisungsrecht bei der Regionalgesellschaft verbleiben.

Für die Regionalgesellschaft sind bis 31.12.2011 Anträge für 5 Stellen für das Bundesprogramm Bürgerarbeit beantragt worden. Dies ist mit dem Ziel geschehen, die eingekürzten Öffnungszeiten im Bereich Usedom aktiv wieder zu erweitern und so eine Möglichkeit zu schaffen, die Besucherzahlen positiv zu beeinflussen.

Gemäß den Auflagen aus den Zuwendungsbescheiden müssen bis 30.04.2012 alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse unter Nutzung der entsprechenden Förderbedingungen für das Programm Bürgerarbeit eingerichtet sein.

B. Hinweise auf die künftige Entwicklung und auf wesentliche Risiken

Im Rahmen der Beratungen zur Neugestaltung der Satzung der Regionalgesellschaft und somit ihrer Anpassung an die neue Kommunalverfassung wurde eine neue Fassung des Gesellschaftsvertrages im November 2011 in der Gesellschafterversammlung vorab abgestimmt und wird im I. Quartal 2012 durch die Gremien der Gesellschafter beraten. Es ist geplant, die neue Satzung im ersten Halbjahr 2012 zu verabschieden. Auf dieser Basis soll dann auch ein Aufsichtsrat gebildet werden, der die Gesellschafterversammlung entlasten soll.

Die grundsätzliche Zielstellung bleibt weiterhin die Existenzsicherung wirksamer Strukturen unter Berücksichtigung der steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen. Die Vereinbarung mit der Finanzverwaltung wurde im Geschäftsjahr 2011 konsequent umgesetzt und in regelmäßigen Abstimmungen überprüft. Dies dient der kontinuierlichen Sicherung und Umsetzung prüfsicherer Qualitätsstandards der sozialpädagogischen und arbeitstherapeutischen Arbeit.

Auf der Basis der Vorausschau der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der derzeitigen Kenntnis der Finanzierungsbedingungen muss die Sicherung der Zahlungsfähigkeit und der finanziellen Stabilität nach wie vor im Vordergrund stehen.

Die weiter gekürzten Stellenkontingente für das Jahr 2012 haben starken Einfluss auf den durch die Gesellschafterversammlung verabschiedeten Wirtschaftsplan für das Jahr 2012. Durch die weitere Kürzung der Kontingente und die Notwendigkeit der Einhaltung von Qualitätsstandards in Betreuung und Verwaltung und den ausgeschöpften Möglichkeiten der Einsparung in den Fixkosten wurde ein Wirtschaftsplan verabschiedet, der die Inanspruchnahme von finanziellen Reserven der Gesellschaft in Höhe von 132 T€ festschreibt. Damit wird die Stabilität durchaus beeinträchtigt, was 2012 noch nicht zu existenziellen Schwierigkeiten führen wird, aber die Situation der Gesellschaft mit Blick auf die kommenden Geschäftsjahre beeinflussen wird. Diese Inanspruchnahme kann nur verhindert werden, wenn das Stellenkontingent mit ca. 50 Stellen, die eine Wirksamkeit von 6 Monaten haben, erhöht wird, die Mindereinnahmen durch die finanziellen Ausfälle bei der Fallpauschale so gering wie möglich gehalten werden und es gelingt, im Bereich der Personalkosten frei werdende Stellen im Bereich Integration nicht wieder zu besetzen.

Dazu werden, wie in den vergangenen Jahren auch, folgende Maßnahmen ergriffen:

- Beibehaltung des Kontokorrentkredites bei der Sparkasse Vorpommern
- Wöchentlicher Soll-Ist-Vergleich der Beschäftigtenzahlen
- Kurzfristiger Kontakt mit der Sozialagentur bei nicht besetzten Arbeitsgelegenheiten, die eine Nichtzahlung der Trägerpauschale zur Folge haben
- Zeitnahe Mittelabrechnung bei den Zuwendungsgebern
- Nutzung aller Zahlungsvergünstigungen
- Erarbeitung eines langfristigen Personalkonzepts für alle Teams und Bereiche der Gesellschaft
- Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten über ein vielseitiges und interessantes Angebot für Kinder und Jugendliche sowie Angebote, die die Pflege der Regionalgeschichte zum Inhalt haben

Die Schlussbescheide seitens der Sozialagentur für das Jahr 2009 für die besetzten Arbeitsgelegenheiten liegen vollständig vor. Abrechnungen für das Jahr 2010 und 2011 sind gegenüber der Sozialagentur abgerechnet. Schlussbescheide liegen auf Grund der Vielzahl von Maßnahmen noch nicht für alle Maßnahmen vor. Offen sind Abrechnungen von im zweiten Halbjahr bzw. zum Jahresende 2011 beendeter Maßnahmen.

Die Geschäftsführung wird auch weiterhin das Hauptaugenmerk auf die finanzielle Absicherung aller arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und neu anzuwendenden Instrumente richten. Dabei ist stets der Gesellschaftszweck in den Mittelpunkt der Bemühungen zu stellen und seine Einhaltung stets zu prüfen und zu wahren. Die Zusammenarbeit mit dem Beirat der Gesellschaft und den Gesellschaftern wird auch zukünftig kontinuierlich fortgesetzt.

Der Bestand der Gesellschaft ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt für das Geschäftsjahr 2012 nicht gefährdet. Die Maßnahmen des Jahres 2011 zur finanziellen Sicherung der Gesellschaft haben sich als wirkungsvoll und ausreichend erwiesen. Dennoch ist bei einem weiteren Rückgang des Kerngeschäfts davon auszugehen, dass es besondere Maßnahmen zu Sicherung und Stabilisierung der Gesellschaft geben muss.

Die Entwicklung im Jahr 2011 wurde bei der weiteren Bearbeitung des Finanzierungs- und Personalkonzepts berücksichtigt.

Das Geschäftsjahr 2011 basiert auf dem durch die Gesellschafterversammlung bestätigten Wirtschaftsplan.

Nach dem 31.12.2011 sind keine besonderen Vorgänge bzw. Geschäftsvorfälle zu verzeichnen, die erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsbetrieb haben.

Mölschow, den 15. März 2012

Gemeinnützige Regionalgesellschaft Usedom-Peene mbH


Dr. Beate-Carola Johannsen
Geschäftsführerin